Ausgabe für Groß-Berlin
Abendblatt

Preis 40 Mill. M.

Deutsche Allgemeine Zeitung

Tägliche Rundschau

Donnerstag
18. Oktober 1923

Chefredakteur: Professor Dr. Paul Lensch. Schriftleitung und Verlag Berlin SW 48, Wilhelmstr. 50—52. Fernsprecher: Amt Nollendorf 4783—88, 5980—88. Postscheck Berlin Nr. 107 941. Die „DAZ" erscheint Sonntags und Montags einmal, sonst jeweilen morgens. Bezugspreis 480 Mill. M. für die Woche vom 14.—20. Okt.

Abonnements werden nur angenommen, wenn der Besteller sich verpflichtet, etwaige während der Bezugszeit notwendig werdende Preiserhöhungen zu bezahlen.

In Fällen höherer Gewalt, von Betriebsstörung, von Streik oder erzwungener Einstellung des Betriebes besteht kein Anspruch auf Nachlieferung oder Ersatz aus einem Entgelt. Anzeigenpreis 250 M. je 33 mm breite mm-Zeile mal Schlüsselzahl. Bedarfsanzeigen werden nach beiliegendem Tarif berechnet.

18. 10. a. Nr. 484 40 Mill.
62. Jahrgang.

Anzeigen-Schlüsselzahl heute 600 000.

ERICH MEYERFELD BERLIN GRUNDSTÜCKE

Der gordische Knoten

Sachsen und das Reich.

Wie lange noch?

Von zuständiger Seite wird bekanntgegeben, daß die Schritte, die General Müller, Kommandeur des Wehrkreiskommandos IV, gegenüber dem Präsidenten der sächsischen Republik Zeigner ergriffen hat, in vollständiger Uebereinstimmung mit dem Reichspräsidenten, dem Reichskanzler und dem Reichswehrminister geschehen sind.

General Müller ist von der Reichsregierung angewiesen, bei Ablauf des Ultimatums, das er in seinem Brief Dr. Zeigner gestellt hat, weitere Weisungen bei der Reichsregierung nachzusuchen.

Dr. Zeigner hat in seiner gestrigen Rede im Sächsischen Landtag die Behauptung aufgestellt, es liege bei der Reichsregierung eine Note der bayerischen Regierung vor, worin diese Maßregeln der Reichsregierung gegen die Abhaltung von Betriebsrätekongressen in Sachsen verlange. Eine derartige Note Bayerns ist überhaupt nicht bei der Reichsregierung eingetroffen. Es ist befremdend, daß Dr. Zeigner in seiner verantwortlichen Stellung als Präsident der sächsischen Regierung eine derartige Behauptung aufstellt, ohne sich auch nur die Mühe zu geben, sich über die tatsächlichen Unterlagen bei den zuständigen Reichsstellen zu erkundigen.

Die Reichsregierung stellt, wie ausdrücklich erklärt wird, der Entwicklung in Sachsen mit großer Ruhe entgegen.

Sehr schnell ist die Große Koalition auch unter dem zweiten Kabinett Stresemann einer schweren Belastungsprobe ausgesetzt worden. Zu dem offenen Konflikt zwischen Reichs- und Staatsregierung in Sachsen schreibt der „Vorwärts":

„Man erreicht damit, daß sich mit jedem Tag die Zahl der Sozialdemokraten vermehrt, die sich fragen, wie lange noch eine mitverantwortliche Beteiligung ihrer Partei an der Leitung der Reichspolitik möglich sein wird. In denen, die sich in den letzten Tagen immer wieder diese Frage vorlegen, gehören nicht nur zur Parteigenossen, die von Anfang an von einem Wiedereintritt in die Regierung nichts wissen wollten, sondern auch solche, die sich für ihn mit aller Entschiedenheit eingesetzt haben.

Nichts liegt uns ferner, als mit Gedanken zu spielen, deren Verwirklichung für unser armes Volk und seine arbeitenden Massen noch viel schlimmeres Unheil bringen könnte, als alles schon erlebte! Aber gerade, wenn solches Unheil vermieden werden soll, ist es notwendig, mit aller Deutlichkeit auszusprechen, daß man der Sozialdemokratischen Partei nicht zumuten darf, tiefste Dinge decken, die sie durchaus nicht decken kann. Es ist ein niederträchtiger Gedanke, daß das Schicksal des Reichs möglicherweise davon abhängt, wird der General v. Müller heute tun wird. . . .

Man wird nicht zu leugnen können, daß die Sozialdemokratie sich in einer sehr schwierigen Lage befindet. Aber daß mutlos sie doch herauskommen, daß es unmöglich sein wird, mit dem Boykottismus oder gegen ihn, hier mit den bürgerlichen Parteien und dort mit den Kommunisten zusammenzugehen. So kann mit vielleicht in stillen Zirkeln lamentieren, aber nicht, wenn ein Sturm sich erhebt. Die Sozialdemokratie wird schleunigst einen Entschluß fassen müssen.

General Müller an Dr. Zeigner.

Sd. Dresden, 18. 10. (Eigenbericht).

Das Wehrkreiskommando übermittelt der Presse folgende Mitteilung: Ministerpräsident Dr. Zeigner hat auf das vom 17. Oktober an ihn gerichtete Schreiben des Befehlshabers des Wehrkreises IV, in dem um eine unzweideutige Erklärung über die sächsischen Gesamtministerien zu den Ausführungen des Ministers Böttcher am 13. Oktober in Leipzig gehalten wurde, innerhalb der erbetenen Frist **keine Antwort erteilt.** Der Befehlshaber hat daraufhin am 18. Oktober mittags an den Herrn Ministerpräsidenten nachstehendes Schreiben gerichtet:

„Es ist geradezu der Ministerpräsident! Da Sie es für gut befunden haben, mein Schreiben vom 17. 10. nicht zu beantworten, teile ich Ihnen hierdurch ergebenst mit, daß ich die Angelegenheit zur weiteren Entscheidung dem Herrn Reichswehrminister unterbreitet habe."

Kommunistische Reichsratsmitglieder.

Dresden, 18. 10. Finanzminister Böttcher und Wirtschaftsminister Heckert sind zu Mitgliedern des Reichsrats ernannt worden.

Der sächsische Minister des Innern und Schmidt sind in den einzweiligen Ruhestand versetzt worden, weil beide erklärt haben, daß sie bei der politischen Zusammensetzung der gegenwärtigen Regierung nicht an ein ersprießliches Weiterarbeiten glauben können.

Aus Bayern.

Absage der Nationalsozialisten an Kahr.

München, 17. 10. Der nationalsozialistische „Völkische Beobachter" und das Kampfbundorgan „Heimatland", die gegen Zage verboten waren, sind jetzt bei Wiedererscheinen wohl von Kritiken an der Tätigkeit des Generalstaatskommissars von Kahr. Die Artikel dieser Blätter lassen sich in der Grundtendenz dahin charakterisieren, daß die Absage an den von Kahr gesteuerten Kurs erneut in sachlich schärfster Form zum Ausdruck gebracht wird.

Rosbach in München.

München, 17. 10. Der aus der Haft entlassene Rosbach wird am Freitag der Feier der Rosbachbestattung München und des Deutschen Kampfbundes im Löwenbräu mit einer Rede vor seine Anhänger treten; ein Hitler wird dort sprechen.

Gegen Rosbach hat bekanntlich das Wehrkreiskommando IV in Dresden Schutzhaftbefehl erlassen.

Berliner Kurse vom 18. 10.:

1 Dollar amtlich: M 8160 Millionen
Zuteilung 50%
1 Pfund amtlich: M 37 000 Millionen
Zuteilung 100%
1 Goldmark M 1942,86 Millionen

Frankfurter Kurse vom 18. 10.:

1 Dollar amtlich: M 8800 Millionen
Zuteilung 100%
1 Pfund amtlich: M 39 000 Millionen
Zuteilung 100%
1 Goldmark M 2095,2 Millionen

Poincarés kategorische Ablehnung.

Deutsche Darstellung des letzten Schrittes in Paris.

W. T. B. meldet:

Der deutsche Geschäftsträger in Paris hat bei seiner gestrigen Unterhaltung mit dem französischen Ministerpräsidenten im Anschluß an die frühere Besprechung nochmals eingehend die Auffassung der Reichsregierung über die Regelung der Verhältnisse in den besetzten Gebieten und über die Weiterbehandlung der allgemeinen Reparationsfrage dargelegt.

Da der französische Ministerpräsident bei der früheren Besprechung die deutschfeindlich vorgeschlagenen Verhandlungen mit der Rheinbank entgegenhielt, daß, so oft die Aufgabe des passiven Widerstandes und über Modalitäten nicht mit der deutschen Regierung erörtert können, hat der Geschäftsträger darauf hingewiesen, daß die deutsche Absicht nicht dahin gehe, über die Aufgabe des Widerstandes, die für uns eine vollzogene Tatsache sei, sondern darüber zu verhandeln, wie nach der Aufgabe des Widerstandes

die Wiederaufnahme von Arbeit und Produktion

im besetzten Gebiet am zweckmäßigsten sei, und wie insbesondere die Wiederaufnahme von Kohlen- und Kokslieferungen an Frankreich und Belgien in der gegenwärtigen Situation ermöglicht werden könne. Wenn der französische Ministerpräsident bei erstem Besprechung die Widerstandsfrage ausschließlich auf eine allein von den lokalen Organen zu lösende Aufgabe hingeschoben habe, so sei die Reichsregierung bereit, auch solche Fragen in Verhandlungen zu fördern. Der Geschäftsträger hat dem französischen Ministerpräsidenten in diesem Zusammenhang die Weisungen zur Kenntnis gebracht, welche die Regierungen des Reiches und der Länder den Behörden, insbesondere den Eisenbahnern im besetzten Gebiet, erteilt haben. Obgleich das er ihm die Richtlinien für die Industriellen bekanntgegeben.

Der Geschäftsträger hat aber mit Nachdruck darauf hingewiesen, daß die bisherige Methode der Verhandlungen zu einer völligen Zerstörung Deutschlands und Unsicherheit im besetzten Gebiet geführt habe und daß daher die von Deutschland gewünschten einheitlichen Verhandlungen eine unsichtbare Notwendigkeit seien. Auf anderem Wege werde sich das von Frankreich angestrebte Ziel, nämlich die Wiederherstellung des Zustandes vor dem 11. Januar 1923, nicht erreichen lassen.

Als wichtigster Punkt der von der Regierung zu Regierung zu verhandelnden Fragen hat der Geschäftsträger

die Frage der Kohlen- und Koksliefernungen

an Frankreich und Belgien hingestellt. Er hat dem französischen Ministerpräsidenten im einzelnen dargelegt, daß Deutschland gegenwärtig schlechterdings außerstande ist, diese Lieferungen keinerlei weiter zu nehmen, und daß die Zusammenbruch damit auf die außerordentlich gefährlichen Folgen hingewiesen, die sich ergeben würden, wenn die Reichsbahn und Arbeit nicht zunächst wieder aufnehmen, aber schon nach wenigen Tagen in Folge mangelnder Zahlungsmittel wieder aufhören müßten. Nachdem die Unterstützungszahlungen des Reichs eingestellt worden seien, würden sich die Verhältnisse im Ruhrgebiet binnen Kurzem so zuspitzen dahin zuspitzen, daß 550 000 Bergarbeiter mit ihren Familienangehörigen ohne irgendwelche Subsistenzmittel den Bergwerken gegenüberstehen, und daß Bergwerke mit ihren Arbeiter und Angestellte anderer Industrien kämen, deren Beschäftigung vollständig von dem regulären Betrieb der Arbeitszeiten abhängig sei. Deutsche Regierung sehe diese gefährliche Entwicklung klar vor Augen, siehe ihr aber, wenn Frankreich eine Verständigung ablehne, machtlos gegenüber.

Im weiteren hat der deutsche Geschäftsträger auch die Gründe dargelegt, welche die Reichsregierung veranlaßt haben,

die Kohlensteuer

aufzuheben.

Was die weitere Behandlung der allgemeinen Reparationsfrage anlangt, so hat der Geschäftsträger zum Ausdruck gebracht, daß auch nach deutscher Ansicht der Regierung die Verhandlungen hierüber mit allen beteiligten Alliierten stattfinden müßten. Die Reichsregierung halte es für richtig und glaube auch den Vorschlag von Poincaré gegebenen Ansichten zu entsprechen, wenn sie sich zur Klärung des gegenwärtigen Standes der Reparationsfrage alsbald mit der Reparationskommission in Verbindung setze.

Der französische Ministerpräsident hat in seiner Antwort die Aufnahme von Regierungsverhandlungen über die Wiederaufnahme der Arbeit im besetzten Gebiet kategorisch abgelehnt. Er hat erklärt, daß ihm die von der Reichsregierung und den Länderregierungen den Beamten und Industriellen des besetzten Gebiets erteilten Weisungen gleichgültig seien, und daß es für ihn nur auf Tatsachen ankomme. Das allein Ausschlaggebende sei für ihn die restlose Wiederherstellung des tatsächlichen Zustandes vor dem 11. Januar 1923. Die deutschen Erklärungen über die Unmöglichkeit der Fortsetzung der Sachlieferungen könne er nicht anerkennen; er müsse sie im Gegenteil als ein Element des Widerstandes bezeichnen. Auf anderen Gebieten wie der Regierung die Finanzierung der Sachlieferungen fertig bringen, ist ihm ebenfalls völlig gleichgültig. Die Erörterung einzelner deutscher Vorschläge durch die Reparationskommission werde er lediglich nicht zulassen, als nicht der deutsche Widerstand nach französischer Auffassung restlos aufgegeben worden sei.

Zeigners Vertrauensbruch.

Aus den Akten des Staatsgerichtshofs.

Sd. Dresden, 17. 10. (Eigenbericht).

Aus den heutigen Landtagsverhandlungen ist noch hervorzuheben, daß Ministerpräsident Dr. Zeigner von dem vollkommenen Abgeordneten Bünger gefragt wurde, woher er sein Material über die Reichswehr habe. Bünger behauptete nämlich, daß dieses Material aus den Untersuchungsakten des Staatsgerichtshofs stamme. Das Verbrechen sei geheim. Dr. Zeigner müsse also durch einen unerhörten Vertrauensbruch in den Besitz dieser Akten gekommen sein. Er forderte deshalb, ebenso wie der Staatsgerichtshofpräsident Dr. Reinhold, daß der Ministerpräsident sofort eine klare Antwort darauf gebe.

Diese Antwort ist Dr. Zeigner schuldig geblieben, der damit wohl zugegeben hat, daß sein Material durch Vertrauensbruch aus den Untersuchungsakten des Staatsgerichtshofes ihm übergeben worden ist.

Wiederaufnahme der Naturallieferungen verlangt.

Nach den deutschen Schritten in Paris und Brüssel.

S. Paris, 18. 10. (Eigenbericht.)

Nach dem „Eclair" sind die gestrigen deutschen Schritte in Paris und Brüssel nicht ohne die moralische Unterstützung Englands erfolgt. Die Zeitungen veröffentlichen darüber einige Agenturmeldungen, die unter Aufsammelnen vielleicht sich bestätigen und insbesondere betonen, daß Frankreich und Belgien darauf bestehen müßten, daß die Naturallieferungen wieder aufgenommen würden. Es sei jedoch nicht Sache der Besatzungsmächte, die Bedingungen zu regeln.

Der „Matin" meint, es sei für Stresemann schon von Vorteil, daß er überzeugt mit Poincaré in Unterhandlungen trete. Es hänge jetzt nur von Stresemann ab, daß diese Unterredungen realere und wesentlichere Ergebnisse hätten wie bisher. Nach dem „Deuer" sind die Argumente Poincarés von einer unangreifbaren Logik, aber leider würden dadurch die Verhandlungen nicht einen Schritt weiter gebracht. Das Blatt empfiehlt deshalb die Schaffung einer internationalen Organisation nach dem Muster Oesterreichs und der Türkei. Wenn Poincaré behaupte, er könne warten, so müsse die Kriegsbeschädigten und die anderen Alliierten gerade entgegengesetzter Ansicht. Nach der „Ere Nouvelle" ist der Schritt des deutschen Geschäftsträgers vollkommen geschickt. Frankreich hätte Ursache daran, die günstige Gelegenheit, die Deutschland jetzt biete, wiederum unausgenutzt vorübergehen zu lassen. Niemals sei die politische Lage Europas für Frankreich so günstig gewesen wie jetzt, um seine wahren Absichten wirklich zu enthüllen. Mit einigem Erstaunen liest man schließlich im „Matin", Frankreich müßten mit der Nichtwendbarkeit im Auge fassen, die praktische Lösung des Reparationsproblems zu studieren. Will man einen Krieg ausfechten, kann man nicht in seiner Position bleiben, sondern muß vorwärtsgehen.

Die aus Brüssel vorliegenden Blättermeldungen lassen keinen Zweifel, daß der deutsche Schritt dort die gleiche Wirkung erzeugen wird wie hier.

Dienstpflicht Deutscher in Dänemark.

beru. Hamburg, 18. 10. (Eigenbericht.)

Durch die deutsche Presse ging vor einiger Zeit eine Mitteilung, daß deutsche Untertanen, die sich seit längerer Zeit in Nordschleswig aufgehalten haben, nach dem dänischen Gesetz dem dänischen Militärgesetz und zwar den dänischen Militärbehörde einen Gestellungsbefehl im Falle einer Mobilmachung erhalten haben. Man nahm zunächst an, daß ein Irrtum vorliege. Durch eine Erklärung der dänischen Presse ist aber festgestellt, daß ein Verlesen nicht vorliegt. Nach dem dänischen Militärgesetz sind tatsächlich deutsche Untertanen, die in Nordschleswig ansässig sind und die beim deutschen Heer Kriegsdienst geleistet haben, in Dänemark kriegsdienstpflichtig. Sie sind zum großen Teil dem dänischen Landsturm zugeteilt. Die „Neue Tondernsche Zeitung" bemerkt hierzu: Es entsteht wirklich nicht der Eindruck, daß deutsche Untertanen, die hier in Arbeit stehen, im Kriegsfalle in Dänemark dienstpflichtig sind. Im Falle eines deutsch-dänischen Krieges müßten also die deutschen Untertanen gegen ihre eigenen Landsleute kämpfen.

Wo bleiben die Taten der Regierung?

Die Regierung hat vor einigen Tagen angekündigt, daß die Ausgabe von kleinen Stücken der Goldanleihe (1, 2 und 5 Dollar) bis zum Beginn von 200 Millionen Goldmark beschlossen werden sei. Dies hat den Zweck, soweit wie möglich diese wertbeständige Zahlungsmittel in den Verkehr zu bringen. Dieser Beschluß ist bereits am Montag gefaßt worden, aber seitdem ist nichts geschehen, um der Goldanleihe die nötige Beweglichkeit zu verleihen, die sie erst zu einem wirklichen Zahlungsmittel macht. Heute, wo die Mark wieder einen neuen Sturz gelan hat, muß mit äußerstem Nachdruck gefordert werden, daß die Regierung nun wirklich seinen angeblich erteilten Weisungen gleichgültig seien, und daß es für ihn nur auf Tatsachen ankomme. Das allein Ausschlaggebende sei für ihn die restlose Wiederherstellung des tatsächlichen Zustandes vor dem 11. Januar 1923. Die deutschen Erklärungen über die Unmöglichkeit der Fortsetzung der Sachlieferungen könne er nicht anerkennen; er müsse sie im Gegenteil als ein Element des Widerstandes bezeichnen. Auf anderen Gebieten wie der Regierung die Finanzierung der Sachlieferungen fertig bringen, ist ihm ebenfalls völlig gleichgültig. Die Erörterung einzelner deutscher Vorschläge durch die Reparationskommission werde er lediglich nicht zulassen, als nicht der deutsche Widerstand nach französischer Auffassung restlos aufgegeben worden sei.

„Balkanisierung der Ruhr."

Englische Bussnes-Betrachtungen.

A. London, 18. 10. (Eigenbericht.)

Die englische Auffassung über die gegenwärtige Lage an der Ruhr wurde den „Times"-Vertreter in Köln von sachmännischer Seite eingehend auseinandergesetzt. Deutschland könnte heute Reparationszahlungen billiger an Frankreich liefern, wenn es sie in England kaufte, als man es sie selber produzierte. Durch die Besetzung habe Frankreich etwa 20 000 Tonnen verloren, aber die Verluste Deutschlands im gleichen Zeitraum seien etwa viermal so groß. England brauche die Möglichkeit deutsch-französischer Industrieabmachungen nicht zu fürchten, denn diese Abmachungen würden für ihre Produkte keine öffentlichen Märkte finden, weil sie zu neuer sein würden. Die deutsche Industrie haben diesen Sachverhalt erkannt, und eine Beteiligung Frankreichs an der deutschen Industrie bedeute nicht die Beteiligung am Profit, sondern am Verlust, und eine Periode furchtbarster Not. Den Franzosen sei es vielleicht möglich, durch die Einführung der Frankenwährung und die Einstimmung der Inflationsmetzke eine künstliche Belebung der Industrie in Gang zu bringen, aber dadurch komme der Zusammenbruch nur umso leichte um ein Jahr hinausgeschoben werden.

Die deutsche Wirtschaft dürfte zunächst erbittert sein, weil ihr England nicht zu Hilfe gekommen sei, aber England habe gerade dadurch praktische Klugheit (?) bewiesen, während es die Franzosen bereuen würden, wenn sie die Ruhrindustrie finanzieren. Die große Gefahr, die die französische „Nationalisierung der Ruhr" heraufbeschworen habe, sei allerdings zu beachten, und ihre Folgen müßten sich in ganz Europa bemerkbar machen. Wenn Deutschland die beanstandete Konstruktion übernommen hätte, so müsse es freie Hand bekommen, um sich selber zu retten. Es müßten alle Beschränkungen fallen und die ungeheure französische Bureaukratie an der Ruhr vollkommen beseitigt werden.

Lord Curzon empfing gestern nachmittag den deutschen Botschafter Sthamer im Foreign Office und hatte mit ihm eine längere Unterredung.

Die gestrige Sitzung der britischen Reichskonferenz.

London, 18. 10. (E. T. B.) Die gestrige Sitzung der Reichskonferenz beschäftigte sich mit der Frage der Verteidigung zur See. Der erste Lord der Admiralität Amery wohnte der Sitzung bei. Ebenso nahmen die Ministerpräsidenten aller Dominions an den Beratungen teil. Auch der irische Landesverteidigungsminister Mulcahy und der stellvertretende Chef des Generalstabes Mac Mahon waren anwesend.

Lloyd George leicht erkrankt.

London, 18. 10. (E. T. B.) „Morning Post" erfährt aus Washington, daß Lloyd George in Chicago einen leichten Fieberanfall erlitt. Obwohl der Zustand des früheren Ministerpräsidenten keine große Besorgnis einflöße, müsse er sich doch gewisse Schonung auferlegen.

Ein Ermächtigungsgesetz in Polen?

Warschau, 16. 10. (O. E.) Im Hinblick auf die ernste innerpolitische Lage verlangt die Rechtspresse, der Sejm solle noch den Vorbild des deutschen Ermächtigungsgesetzes der Regierung erweitere Vollmachten erteilen, sowohl auf finanziellem Gebiet, um die Sanierung durchzuführen, als auch zur Aufrechterhaltung der Ordnung. Ob die Regierung sich diese Forderung zu eigen machen wird, steht dahin. Jedenfalls beabsichtigt sie, gegen ihre innerpolitischen Feinde entschieden vorzugehen. Dies zeigt eine wichtige Stelle des von ihr ausgehenden Exposeses in der Warschauer Presse veröffentlichten Aufrufs, worin es heißt, die Existenz des Staates sei bedroht. Die Exposition habe bezweckt, den sozialistischen Elementen ihre Aufgabe zu erleichtern. Die Regierung erklärt, die Zeit, mit diesem Feinde abzurechnen, sei für Polen gekommen, und sie sei für alle Fälle gerüstet.

Der Zentralausschuß der Arbeitergewerkschaften in Polen hat beschlossen, von der Regierung die Garantierung der Teuerungszulage und Lohnerhöhungen für die Arbeiter der Industrie und der Staatseisenbahnen zu fordern. Die Beträge sollen allmählichmählich neu festgestellt werden. Für die Unterstützung dieser Forderung wird ein Generalstreik in ganz Polen vorbereitet, dessen Zeitpunkt im Einvernehmen mit der sozialdemokratischen Fraktion im Warschauer Parlament festgesetzt werden soll.

Vertrauensvotum für die polnische Regierung.

Warschau, 18. 10. (W. T. B. Jn der gestrigen Vollsitzung des Sejm wurde ein Antrag der Mehrheitsparteien, der Regierung das Vertrauen auszusprechen, mit 208 gegen 191 Stimmen angenommen.

Die Nomreise des spanischen Königs.

Madrid, 17. 10. (T. U.) Nach italienischen Nachrichten wird der König von Spanien auf seiner Reise nach Rom vom Ministerpräsident des Direktoriums General Primo de Rivera begleitet sein.

Unruhen auf den Philippinen.

A. London, 18. 10. (Eigenbericht.) Telegramme aus New York besagen, daß auf den Philippinen Unruhen ausgebrochen sind. Die Bewegung richtet sich insbesondere gegen den amerikanischen Generalgouverneur Wood. Am Sonntag griffen Eingeborene die Sonntagschule auf der Insel Mindanao an und töteten drei Lehrer, einen Leutnant, einen Bergeasten und acht Gendarmen. Zur Verfügung der Colonie wurden amerikanische Truppen angefordert.

Die gestrigegehende Versammlung der Philippinen hat nach einer erregten Sitzung eine Resolution angenommen, in der die Forderung der Unabhängigkeitskommission, betreffend Abberufung des Generalgouverneurs Wood, die im Juli des Jahres gestellt wurde, geblligt wurde.

Die neue Phase des Ruhrproblems.

Frankreich trägt die weitere Verantwortung.

London, 18. 10. (W. T. B.)

In einem „Eine neue Phase im Ruhrgebiet" überschriebenen Leitartikel führt „Times" aus, das Ruhrproblem habe eine neue Gestalt angenommen, und es sei keineswegs sicher, daß die letzte Phase nicht noch schwieriger sein werde als die lange Periode der bis entschiedenheit, die seit Beginn dieses Jahres gedauert habe.

„Times" fährt fort,

die erste und direkte Frage

für jeden Denkenden kann heute sei, die Währung durch radikale und diktatorische Maßregeln zu reformieren. Die grundlegende kritische der politischen Unruhen, von denen Deutschland jetzt heimgesucht werde, Lebensmittelunruhen, Annexionen des Kommunismus in Sachsen und Thüringen, Bewegung in Bayern und Ueberhaupt Stimmung in allen Teilen des Reichs, sei auf den Zusammenbruch der Währung zurückzuführen. Die künstliche Wohlfahrt der deutschen Industrie habe ihr unvermeidliches Ende erreicht. Berlin sei tot; sogar die wunderbare Wohlfahrt Hamburgs habe plötzlich aufgehört. Deutschland, das letztes Jahr noch am reichsten in der Welt verkaufte, sehe jetzt sich Aussicht auf allgemeiner Arbeitslosigkeit gegenüber. Es sei von der größten Bedeutung, daß diese Verhältnisse außerhalb Deutschlands erkannt würden. Das sei umso wichtiger, da diese Verhältnisse die Entwicklung des Reparationsproblems in der unmittelbaren Zukunft bestimmen. Die Tatsache, daß der jetzige Widerstand im Ruhrgebiet zum großen Teil aus finanziellen Gründen niedergebrochen sei, habe plötzlich den gesamten Charakter des Ruhrproblems geändert.

Alle Verfügungen, durch die die deutsche Regierung den passiven Widerstand aufrechterhalten habe, seien aufgehoben. Es gebe jetzt nichts, um die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den Eisenbahnern des Ruhrgebiets und den Bergbaugesellschaften zu verhindern — ausgenommen

die schwersten Wirkungen der Besetzung

selbst. Es sei kein Geld vorhanden, um eine sehr komplizierte Industrie wieder in Gang zu setzen. Sachleistungen könnten vom deutschen Staat nicht finanziert werden. Die Kohlenfuhre sei aus inneren Gründen aufgehoben worden. Die Polizei der Ausführungszonen sei aufgehoben, weil sie nicht länger von irgendwelchen Vorteilen für das deutsche Wirtschaftsleben sei. Es ist wahrscheinlich angebracht, daß die Sperrzone, die von den deutschen Behörden aufgehoben wurden, eine neue Ordnung und einen neuen Vorwand, die Bezahlung von Reparationen zu verweigern, bestellen. Die Militärmächte wissen, daß sie in Deutschland aus dem gegenwärtigen Tumult in einer derartigen Verfassung hervorgeht, daß die regelmäßige Bezahlung einer erheblichen Summe an Reparationen möglich ist.

Das Blatt fährt fort:

Eine sehr ernste Verantwortung lastet auf der französischen Regierung,

die es bisher fortgesetzt vermieden hat, einen Plan anzugeben oder irgendeine Verantwortlichkeit für das Gebiet anzugehen, das sie besetzt hat. Es ist leicht gewesen, das Ruhrgebiet zu besetzen, während die Bestimmung einer gesicherten Industrie von der deutschen Regierung am Leben erhalten wurde. Die Aufgabe wird unendlich schwieriger sein, wenn die Industrie unbeschränkt zerstört sein sollte, und wenn die Bergleute nebst ihren Familien unbezahlt bleiben. Trotzdem gehen die Vertreter der französischen Regierung beharrlich der Ansicht, daß sie das Recht, die „Pfänder" zu behalten, die sie im Ruhrgebiet und Rheinland mit Beschlag belegt haben, bis Deutschland bezahlt hat. Die politischen Folgen dieser neuen Phase können beträchtlich sein, daß sie den gesamten Lauf der Geschichte in Europa ändern können.

Eine Polizeiunweisung Poincarés.

S. Paris, 18. 10. (Eigenbericht.) Der „Matin" berichtet, daß Poincaré an General Degoutte Anweisung gegeben habe, daß die deutschen Polizeibeamten im besetzten Gebiet bei Unruhen etwas schonender als bisher vorgehen sollten. „Unnötigen Gewaltsamkeiten" der Polizei solle Degoutte ein Ende machen. Nach dem „Matin" besteht sich diese Anweisung auf das Vorgehen der deutschen Polizei während der jüngsten Arbeitsunruhen. Poincaré befürchtet, daß die Zurückhaltung der französischen Besatzungsträger dahin ausgelegt werden könnte, als ob diese das Vorgehen der Polizei billigten. (?)

Wiederaufnahme des Postdienstes in Düsseldorf.

Paris, 18. 10. Nach einer Havasmeldung aus Düsseldorf haben die Verhandlungen über die Wiederaufnahme der Arbeit im Post- und Telegraphenbetrieb in Düsseldorf zu einem Abkommen geführt. Die deutschen Beamten hätten. Die Gebäude der Oberpostdirektion leisteten die die Besatzungsbehörden gefordert hätten. Die Gebäude der Oberpostdirektion bleiben requiriert und werden auch weiterhin den telegraphischen Dienstzwecken der Rheinermee als Unterkunft dienen.

Noch keine Eisenbahnverbindung zwischen besetzten und unbesetztem Gebiet.

Paris, 18. 10. (W. T. B.) Havas berichtet aus Düsseldorf, Ende der letzten Woche seien Verhandlungen eingeleitet worden zwischen französisch-belgischen Vertretern der deutschen Eisenbahnen, die sich auf die Wiederaufnahme der Arbeit bezogen hätten und auch auf Fragen wegen Wiederaufnahme des Dienstes zwischen den besetzten und unbesetzten Gebiet. Im Einverständnis mit General Degoutte und Tirard seien in diesen beiden Fragen gewisse kategorische Bedingungen gestellt worden. Die deutsche Eisenbahnverwaltung habe nunmehr zur Kenntnis gebracht, daß sie diese Bedingungen nicht annehmen könne, da hierfür die deutsche Regierung allein zuständig sei. Unter diesen Umständen werde sich die französisch-belgische Regie bis auf weiteres lediglich mit einer Verbesserung des Dienstes im besetzten Gebiet beschäftigen, nicht aber die Eisenbahnverbindungen mit den übrigen deutschen Eisenbahnen wieder aufnehmen.

Englische Wirtschaftsfragen.

Von unserem Berichterstatter.

A. London, 12. 10.

Der Kampf um die Vorzugszölle hat begonnen. Es war an dieser Stelle bereits davon die Rede, daß diese Frage einen der wichtigsten Punkte bei den Beratungen der Wirtschaftskonferenz bilden würde. Der auftretische Ministerpräsident Bruce war es, der in einer gestrigen Rede das Thema anschnitt, indem er die Einmischung des innerbritischen Handels als die einzige Rettung für das Reich bezeichnete. Die Regierung des Mutterlandes hat sich nicht lange bitten lassen und kündigte ihre Absicht an, die bereits bestehenden Vorzugsbehandlung für getrocknete Früchte, Zucker und Tabak auszubauen.

Damit ist nun das Signal zum Aufmarsch der Parteien gegeben, und die alten Schlachtrufe von der Sicherung der Tarifreform werden wieder lebendig. Allerdings gehen wohl auch die Gegner des Regierungsplans nicht so weit, zu behaupten, daß hier bereits ohne weiteres Schutzzoll oder Freihandel zur Entscheidung stehe. Früchte, Zucker und Tabak sind gewiß sehr wichtige Dinge, aber doch keine Nahrungsmittel erster Ordnung, wie etwa Fleisch oder Getreide. Ueberdies halten sich die Vorschläge der Regierung in so mäßigen Grenzen, daß eine nennenswerte Einwirkung auf die Steuerpolitik wirklich nur von der sehr ängstlichen Gemütern befürchtet werden kann. Aber vielleicht bildet gerade die Bescheidenheit der Regierung eine Gefahr für den Erfolg ihres Planes. Auf der einen Seite wäre es nicht überraschend, wenn die schutzzöllnerischen Unionisten und die überseeischen Ministerpräsidenten der Ansicht wären, daß die Vorlage ungenügend ist; auf der anderen Seite kümmert sich die Opposition überhaupt nicht um den sachlichen Inhalt der Vorschläge, sondern kämpft um das Prinzip. So ist einmal eine Vorlage vorhanden, die die Regierung kann leicht in die Gefahr kommen, sich zwischen zwei Stühle zu setzen.

Die Stellung der Parteien zu der Frage ist ungefähr folgende: Abgesehen heute zwei im westentlichen durch die traditionellen Argumente der englischen Wirtschaftsgeschichte bestimmt. Aber die Zeiten haben sich in den letzten fünfzig Jahren doch sehr geändert, die alten Dogmen haben viel von ihrem Glanze verloren, und neue Tatsachen sind aufgetaucht, die dem ganzen Problem ein anderes Gesicht geben. Eine wesentliche Rolle spielt zum Beispiel die Einführung des Frauenstimmrechts, denn die weibliche Wählerschaft wird, wie man allgemein glaubt, unter keinen Umständen für irgendwelche Maßregeln zu haben sein, die eine Verteuerung der Lebensmittel bedeuten. Vor allem aber muß man, wenn man die gegenwärtige Vorlage je nur als Teil jenes großen Reformplanes gedacht ist, der, um es kurz zu sagen, auf eine neue Industrialisierung Englands hinausläuft. Die Arbeiterpartei steht zum Beispiel, wie aus einer Rede des Abgeordneten Clynes hervorgeht, diesem Plan nicht nur aus wirtschaftlichen, sondern bei einer ganzen politischen Gründen ablehnend gegenüber: der englische Handel beruhe auf den guten Beziehungen zwischen Stadt und Land, sagt er, sondern zum ganzen Welt und wenn sich das englische Wirtschaftsleben nun abschließen wollte, so wäre das nur auf Kosten einer friedlichen und wohlwollenden Weltpolitik möglich. An diesem Gedankengang ist natürlich viel Wahres. In der Tat wäre ein Sieg der Schutzzöllner unfehlbar mit einer Steigerung aller nationalistischen Tendenzen verbunden; es wäre, wenn man will, die besondere englische Art, Faszismus zu treiben.

Im Parlament wird der Regierungsplan ohne Zweifel zu heftigen Kämpfen führen. Die Arbeiterpartei und die Asquith-Liberalen sind in der stärksten Opposition; die Lloyd George-Gruppe dürfte gespalten sein. Der Premier selbst kommt in Betracht, daß er auch innerhalb der Konservativen eine nicht unbedeutende Freihandelsgruppe gibt, deren Führer sich angeblich nicht. Die Einheit der Partei, die ohnehin nicht übermäßig fest ist, wird also aufs neue auf eine ziemlich harte Probe gestellt und wenn es der Parteileitung auch gelingen dürfte, eine ausgleichende Formel zu finden, so scheint die Lage im ganzen doch so unsicher, daß einige Stimmen bereits die Notwendigkeit von Neuwahlen fordern. Für diejenigen Parteigruppen im Parlament und in der Oeffentlichkeit, die sich nicht durch grundsätzliche Erwägungen gebunden fühlen, stellt sich das Problem in folgender Weise dar: die Vorlage verdient Unterstützung, so weit sie dazu dient, den Ausbau schwieriger Rohproduktion und Fabrikaten zu fördern und damit die Industrie des Mutterlandes zu beleben; diese Vorteile verlieren jedoch ihren Wert und werden zu einer Gefahr, wenn neue Zollmaßregeln ohne zur Folge haben sollten, daß die Belebung im Mutterlande verteuert und dadurch ein Steigen der Löhne hervorgerufen wird, durch das die Konkurrenzfähigkeit der einzelnen Industrien leiden würde. Durch die gegenwärtige Vorlage ist eine solche Wirkung gewiß nicht zu erwarten. Aber wenn die Regierung, wie die Schutzzöllner hoffen und die Freihändler befürchten, nicht das Kraft finden sollte, auf dem einmal beschritteten Wege halt zu machen, so würde sie allerdings bald die Grenze erreichen, jenseits welcher sich diese Problem einstellen würde.

Zahlreiche andere Zusammenhänge müssen erwogen werden: „Man, money, markets": das ist das Schlagwort, das man für die Gesamtheit des Reformplans gefunden hat, und mit dem ausgedrückt wird, daß er aus drei Hauptgliedern besteht: die Bevölkerungsfrage, die Finanzfrage und die Frage der Absatzgebiete. Das Zinnenübergreifen dieser drei Glieder mit Sic